

Zu Chancen und Grenzen  
der Annäherung  
im Rahmen der  
europäischen Einigung

## Tschechien und Deutschland – Ein mühsamer Versöhnungsprozess

Werner Link

Wenn die Grundannahme über die Bedeutung des europäischen Kontextes als Konditionierung (nicht als Determinierung) der deutsch-tschechischen Beziehungen richtig ist, kann ein kurzer Blick auf die jüngere Vergangenheit hilfreich für das Verständnis der Gegenwart und Zukunft sein. Im zwanzigsten Jahrhundert war der europäische Kontext durch ein fundamentales Spannungsverhältnis charakterisiert: nämlich durch das Spannungsverhältnis zwischen Fragmentierung und Integration im weitesten Sinne des Wortes. Vier Konstellationen lassen sich unterscheiden:

*Erstens:* Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Europa auch in der mitteleuropäischen Subregion nationalstaatlich fragmentiert mit der Tschechoslowakei als neuem multiethnischen Staat, und dann entstand eine allianzpolitische Gruppierung, die Europa quasi bipolarisierte, – auf der einen Seite die so genannte kleine Entente, die mit dem tschechoslowakisch-französischen Vertrag von 1924 ihren Abschluss fand, und – auf der anderen Seite die revisionistischen Mächte, Deutschland und Ungarn, gegen die die „kleine Entente“ als Status-quo-Allianz gebildet wurde (unter Führung Frankreichs).

Die Visionen eines Pan-Europa oder einer „Union Europa“ (Briand) wurden nicht realisiert – vor allem deshalb nicht, weil der Antagonismus von Status-quo-Mächten und revisionistischen Mächten einer gemeinsamen europäischen Ordnung entgegenstand.

*Zweitens:* 1938/39 „starb“ Europa in Prag (Jürgen Serke), und in den folgenden Kriegsjahren „vereinigte“ Hitler Europa, „wie der Fischer im Netz die Fische einigt“ (Brecht) – mit all den Verbrechen, die in dieser Zeit verübt wurden.

*Drittens:* Nach der Niederlage des Dritten Reiches wurden in Europa die Nationalstaaten wiederhergestellt, in Ostmitteleuropa verbunden mit der gewaltsamen Vertreibung der deutschen Bevölkerung und der „Übersiedlung“ der ostpolnischen Bevölkerung. Die europäische Bewegung, die in der Resistance erstarkt war, scheiterte an den wiedererstandenen Nationalstaaten und an der internationalen Politik. 1948 wurden Europa und Deutschland geteilt und bipolar organisiert – im Zeichen des Ost-West-Konfliktes. Die beiden deutschen Grenzstaaten und der Grenzstaat ČSSR spielten im Ost-West-Antagonismus eine strukturelle Rolle, wodurch auch in der Entspannungsphase der deutsch-tschechoslowakischen Annäherung enge Grenzen gezogen wurden. In Ost-/Mitteleuropa diente die Beschwörung des „westdeutschen Revanchismus“ als Kitt für die Zwangsintegration in den Ostblock.

*Viertens:* Die Situation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Bipolarität war einerseits gekennzeichnet durch Desintegration des Ostblocks und Unabhängigkeit der Nationalstaaten, andererseits durch Fortbestand der Integration im Westen, nun einschließlich des wiedervereinigten Deutschlands.

Die strukturelle Frage lautete: nationalstaatliche Fragmentierung in Ost-/Mitteleuropa als strukturbestimmendes Element oder Integration durch Beitritt zur EG/EU? Anders ausgedrückt: Rückkehr nach Europa im Sinne einer nur allgemeinen kulturellen, ökonomischen und politischen Europa-Orientierung der wieder unabhängigen Nationalstaaten oder Einkehr in das Neue Europa der integrierten Nationalstaaten.

Die Entscheidung ist inzwischen auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen – mit Unterstützung durch Deutschland – gefallen. Sicherheitspolitisch ist Tschechien bereits seit 1999 integriert in das euro-atlantische System der NATO, sodass Deutschland und Tschechien jetzt Bündnispartner sind und somit das tschechische Macht- und Sicherheitsdilemma minimiert ist. Wie wird sich die Einfügung in die EU (also die gemeinsame EU-Mitgliedschaft Deutschlands und Tschechiens) auf die deutsch-tschechischen Beziehungen auswirken?

### Relativierung der Asymmetrien

Grundlegend für das Verständnis dieser Beziehung sind die Asymmetrien zwischen beiden Ländern, die durch die Auflösung des tschechoslowakischen Staatsverbandes noch verstärkt worden sind. Sie sind objektiver und subjektiver Art.

Die objektiven Ungleichgewichte zugunsten Deutschlands sind – was territoriale Ausdehnung, Bevölkerungszahl, Außenhandelsbeziehungen und direkte Investitionen anbelangt – offensichtlich und können als bekannt vorausgesetzt werden.

Nicht so offensichtlich und diffiziler sind die subjektiven Asymmetrien. In Deutschland, das heißt bei der deutschen Bevölkerung, ist eine „Indifferenz“ (Anneke Hadulla) gegenüber Tschechien und den Tschechen feststellbar – abgesehen von der kleinen Gruppe der Sudeten-deutschen, die freilich in der Sudeten-

deutschen Landsmannschaft gut organisiert sind. Nur fünf Prozent der Deutschen halten es für wichtig, dass Deutschland gute Beziehungen zu Tschechien unterhält (Umfrage 1996); und nur sechs Prozent der Deutschen haben Sympathie für Tschechien (freilich nur zwei Prozent für Polen).

Ganz anders ist die Konstellation in Tschechien: Deutschland steht im Zentrum der tschechischen Identitätsfindung. Vladimír Handl (Institut für Internationale Beziehungen, Prag) hält es für möglich, dass die ursprüngliche negative Definition des Tschechentums („also nicht-deutsch zu sein“) – wie im 19. Jahrhundert – „zum Hauptmerkmal der Identität“ werden könne; es existiere ein „weit verbreitetes Selbstverständnis der tschechischen Geschichte als eines kontinuierlichen Kampfes mit dem deutschen Element“. Und Igor Nosál (tschechischer Soziologe) spricht davon, dass sich der „Mythos der Kleinheit“ mit dem „Mythos der äußeren Bedrohung“ verbinde.

Umfragen in Tschechien illustrieren diese Befindlichkeit: Es überrascht nicht, dass 1990 der Prozess der deutschen Wiedervereinigung in der Bevölkerung, anders als bei Präsident Havel, zwiespältig bis ablehnend beurteilt wurde. Die Ambivalenz wurde besonders deutlich bei der Mehrheitsübernahme der Škoda-Werke durch VW, eine Entscheidung gegen den französischen Konzern Renault, bei der „Germanisierungsängste“ entstanden. In den neunziger Jahren wurden die Perzeptionen positiver.

Insgesamt betrachtet, gibt es in Tschechien eine „komplizierte Mischung aus Angst, Bewunderung und pragmatischer Toleranz“ (Handl), während in Deutschland weitgehend (mit der erwähnten sudetendeutschen Ausnahme) eine indifferente Einstellung gegenüber Tschechien zu beobachten ist.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage zu beantworten, ob und inwieweit die ob-

jektiven und subjektiven Asymmetrien durch die europäische Integration relativiert werden können.

In der internationalen politikwissenschaftlichen Literatur überwiegt die Erwartung, dass die EU-Mitgliedschaft Tschechiens eine positive Wirkung auf das Verhältnis zwischen dem kleinen Tschechien und dem großen Deutschland haben wird. Lily Gardner Feldman sieht die erweiterte EU als „a new framework within which the parties can confront one another as equals in a re-calibrated power relationship“ (also in einer neu tarierten Machtbeziehung). Im Rahmen des „integrativen Gleichgewichts“ der EU könnten demnach die tschechischen Überwältigungsängste abgebaut und die von Deutschland sonst zu befürchtende Gegenmachtbildung gegen Deutschland à la kleine Entente präventiv vermieden werden. Aus dieser Sicht haben also Deutschland und Tschechien ein *beiderseitiges* Interesse an der Relativierungswirkung der europäischen Integration. Die bisherige Geschichte des europäischen Einigungsprozesses und die vorherrschenden Deutungsmuster sprechen im Großen und Ganzen für diese Erwartung. Die kleinen Staaten erhalten *voice opportunity* auf der Basis gleicher Rechte und Pflichten und gewinnen durch die Zusammenarbeit mit anderen größeres Gewicht, größere Verhandlungsmacht. Indes, die Gleichheit der Rechte unabhängig von der Größe und Macht der einzelnen Mitglieder ist bei qualifizierten Mehrheitsentscheidungen nicht gegeben, sondern es wird eine Stimmgewichtung zwischen den großen, mittleren und kleinen EU-Staaten vorgenommen; so hat gemäß dem Vertrag von Nizza Deutschland 29 und Tschechien zwölf Stimmen. Aus der Stimmgewichtung zwischen allen EU-Staaten ergibt sich aber: Deutschland kann nicht allein die EU dominieren beziehungsweise führen oder qua Sperrminorität allein Entscheidungen verhin-

dern, und Tschechien hat die Möglichkeit zur Koalitionsbildung mit anderen EU-Staaten – gegebenenfalls auch gegen Deutschland.

### Unterschiedliche Vorstellungen

Inwieweit neue gemeinsame Interessen im Rahmen der EU entstehen werden, ist zurzeit schwer einzuschätzen. Die externen Herausforderungen (Stichwort Globalisierung) betreffen in gleichem Maße alle europäischen Staaten. Auf jeden Fall wäre es aber eine Illusion zu glauben, aufgrund der gemeinsamen Mitgliedschaft kämen gemeinsame deutsch-tschechische Interessen automatisch zu Stande und verschwänden die aus den Asymmetrien resultierenden Differenzen. Gravierend dürfte sein, wie die weitere Entwicklung der EU aussehen soll und ob es diesbezüglich gleich gerichtete und ähnliche Vorstellungen in Deutschland und Tschechien gibt. Ob Deutschland seine traditionell pro-föderale Zielsetzung künftig beibehalten wird, ist fraglich; schon in der Vergangenheit widersprachen häufig die Taten den Worten. Und in der deutschen Bevölkerung nimmt die Attraktivität der EU Besorgnis erregend ab. Bei der Regierungspolitik der rot-grünen Regierung ist aber – ungeachtet der evidenten Widersprüche zwischen föderalen Zukunftsvisionen und intergouvernementaler Akzentuierung der Reformvorschläge – eine Vertiefung der Integration das offizielle Ziel.

In Tschechien besteht über den künftigen Weg Europas beziehungsweise der EU ein offener Dissens. Zwei Europabilder konkurrieren miteinander, einerseits die Bereitschaft, zu einer tieferen Integration beizutragen, andererseits (insbesondere bei der Demokratischen Bürgerpartei ODS) die Ablehnung oder doch Skepsis gegenüber einer weiter gehenden politischen Integration und die Befürchtung, die nationale Identität und Souveränität zu verlieren. In der Vergangenheit – näm-

lich 1996 – wandte sich Václav Klaus öffentlich gegen das Projekt der Europäischen Währungsunion und gegen „unionistische Pläne“, die „eben von deutscher Seite oft kommen“. Die anti-föderale Politik wurde also mit oppositioneller Haltung gegenüber Deutschland verbunden. In einer anderen Stellungnahme warnte Klaus, Tschechien werde sich in der EU wie Würfelzucker im Tee auflösen. Die jetzige tschechische Regierung repräsentiert die erstgenannte pro-europäische Strömung, aber manche Beobachter glauben, dass die Europa-Skeptiker ihren Einfluss auf die Bevölkerung verstärken könnten. Auch in Tschechien nimmt die Attraktivität der EU ab. Kurzum: Die gegenwärtige Situation ist unübersichtlich, ambivalent und instabil; eine zu optimistische Erwartung hinsichtlich der Abschwächung der deutsch-tschechischen Differenzen durch die gemeinsame EU-Mitgliedschaft wäre realitätsfern. Es könnten sehr wohl innerhalb der EU neue Konflikte zwischen Deutschland und Tschechien entstehen, nämlich Kooperationskonflikte. 1993 war in einer hochrangigen tschechischen Arbeitsgruppe argumentiert worden, dass eine „disobedient policy“ gegenüber Deutschland die nationale Handlungsmaxime Tschechiens sein sollte (also eine Politik des Sich-nicht-Fügens, eine Politik der Gefolgschaftsverweigerung gegenüber Deutschland). Ob diese Maxime auch für die künftige Politik Tschechiens innerhalb der EU gelten soll beziehungsweise in der Praxis gelten wird oder ob dies nicht der Fall sein wird, dürfte nicht ohne Einfluss sein auf die tatsächlichen Auswirkungen der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft und auf die Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen, zumal über ihnen immer noch der Schatten der Vergangenheit liegt.

### Ballast Vergangenheit

Die Frage, ob das, was man die deutsch-tschechische Aussöhnung nennt, Voraus-

setzung oder Ergebnis der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft ist beziehungsweise sein wird, ist explizit oder implizit immer wieder gestellt worden. In den neunziger Jahren war man geneigt, die deutsch-tschechische Aussöhnung als Voraussetzung zu betrachten. Insbesondere aus tschechischer Sicht beziehungsweise aus tschechoslowakischer Sicht ging es bei den Vertragsverhandlungen mit Deutschland 1990 bis 1992 und daran anschließend bei den Verhandlungen um eine gemeinsame deutsch-tschechische Erklärung darum, einen Schlussstrich zu ziehen, um so die Unterstützung Deutschlands für den Beitritt zur EG/EU abzusichern.

Schon im deutsch-tschechoslowakischen Vertrag von 1973 hatten beide Seiten versichert, dass sie „in dem festen Willen“ handelten, „ein für alle Mal mit der unheilvollen Vergangenheit in ihren Beziehungen ein Ende zu machen“. Und im Gemeinsamen Kommuniqué anlässlich der Vertragsunterzeichnung war ausdrücklich von einem „Schlussstrich unter die Vergangenheit“ die Rede. Damals (1973) standen im Mittelpunkt die nationalsozialistischen Verbrechen und die Frage der Ungültigkeit des Münchener Abkommens *ex nunc* oder *ex tunc*. Artikel I des Vertrages lautete: „Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik betrachten das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig.“

In den neunziger Jahren trat – nach einer kurzen Phase der Euphorie – die Problematik der so genannten Beneš-Dekrete und des Straffreiheitsgesetzes von 1946 in das Zentrum der Auseinandersetzung. Nota bene: Die deutsche Regierung machte deren Aufhebung beziehungsweise Nichtigkeitserklärung *nicht* zur Bedingung für ihre Unterstützung des Beitritts der ČSFR beziehungsweise Tschechischen Republik zur EG/EU –

entgegen den Forderungen der Sudeten-deutschen. Die Erklärung dafür liegt wohl in folgendem Sachverhalt: Während in Tschechien die sudetendeutsche Frage ein makropolitisches Issue ist (hochemotional zudem), ist sie für Deutschland ein mikropolitisches Issue, weitgehend beschränkt auf Bayern (Otto Pick).

Der deutsch-tschechoslowakische Vertrag von 1992 „über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ kam der Schlussstrich-Intention kaum näher, aber enthielt die verbindliche Zusage Deutschlands, die volle EU-Mitgliedschaft der ČSFR zu unterstützen. Die deutsch-tschechischen Beziehungen wurden jetzt immerhin konsequent aus der europäischen Zukunftsperspektive definiert (einschließlich der Eröffnung eines Niederlassungsrechts für Deutsche in der Tschechoslowakei). Der Vertrag klammerte jedoch die Vermögensfragen ausdrücklich aus. Er wurde dann – nach zähen Verhandlungen – durch die deutsch-tschechische Erklärung von 1996/97 ergänzt, die einen Formelkompromiss formulierte:

Die deutsche Seite bekannte sich zur Verantwortung Deutschlands für das Münchener Abkommen und seine Folgen und bedauerte „das Leid und das Unrecht, das dem tschechischen Volk durch die nationalsozialistischen Verbrechen von Deutschen angetan worden ist“. Die nationalsozialistische Gewaltpolitik habe „den Boden für Flucht, Vertreibung und zwangsweise Aussiedlung nach Kriegsende“ bereitet. Der neu eingerichtete „Zukunftsfonds“ sollte ausdrücklich auch den „Opfern nationalsozialistischer Gewalt zugute kommen“.

Die tschechische Seite bedauerte das „Leid und Unrecht“ und die „Exzesse“, die durch Vertreibung und zwangsweise Aussiedlung „unschuldigen Menschen“ zugefügt wurden, sie bedauerte ferner, dass es aufgrund des Gesetzes Nr. 115 vom 8. Mai 1946 ermöglicht wurde, die

„Exzesse“ als nicht widerrechtlich anzusehen. Ferner hieß es: Jede Seite bleibe „ihrer Rechtsordnung“ verpflichtet und „respektiert, dass die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat“: „Beide Seiten erklärten deshalb (!), dass sie ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden.“ Die Widersprüchlichkeit ist evident, und so ist es eigentlich nicht verwunderlich, dass die „unterschiedlichen Rechtsauffassungen“ und die konträren Interpretationen der „gemeinsamen Erklärung“ für die Frage des Beitritts Tschechiens zum gemeinsamen Rechtsraum der EU relevant wurden und – entgegen der verbalen *Exhortation* – das deutsch-tschechische Verhältnis belasteten.

Der juristische Krieg der Gutachten sei hier nicht nachgezeichnet. Dass die politische Auseinandersetzung unter den Bedingungen des Wahlkampfs in Tschechien und in Deutschland stattfand, erklärt die Polarisierung – hier die Forderung, die Aufnahme in die EU von der vorherigen Aufhebung der Beneš-Dekrete und des Straffreiheitsgesetzes abhängig zu machen, dort die Forderung zu erwägen, in den EU-Beitrittsvertrag eine Exklusivklausel zur Absicherung der Rechts- und Eigentumsverhältnisse einzufügen. Im Koalitionsvertrag der neuen tschechischen Regierung heißt es, Grundlage ihrer Politik sei einerseits die gemeinsame deutsch-tschechische Erklärung, andererseits der einstimmige Beschluss des tschechischen Abgeordnetenhauses vom 24. April dieses Jahres, nach dem die Beneš-Dekrete und Nachkriegsgesetze zwar nicht als Grundlage für „neue Rechtsbeziehungen“ dienen können, aber die „rechtlichen und Eigentumsverhältnisse, die aus ihnen hervorgegangen sind“, „unbestreitbar, unantastbar und unveränderlich sind“. Ministerpräsident Spidla erklärte apodiktisch: „Die Beneš-Dekrete sind konstitutiv für

Werner Link

die Tschechische Republik. Ohne sie kann die Republik im rechtlichen Sinne nicht existieren.“

Inzwischen ist der EU-Beitritt Tschechiens ohne Veränderung der Rechtslage oder des politischen Standpunktes Tschechiens beschlossen worden. Nun richten sich alle Hoffnungen darauf, dass nach dem EU-Beitritt die Frage der Beneš-Dekrete zu lösen sei – so der tschechische Botschafter in Wien, Grusa. Man nimmt jetzt gewissermaßen Zuflucht auf die europäische Ebene. Botschafter Grusa fügte hinzu, es handele sich vor allem um eine moralische Aufgabe (FAZ, 12. Oktober 2002). Wird aber der so häufig geforderte Moraldiskurs im Rahmen der EU erfolgreicher zu führen sein als bisher – in einer EU, die sich selbst ihrer geistigen Wurzeln nicht sicher ist?

### Die Revitalisierung der gemeinsamen europäischen Kultur

Es ist fast ein Gemeinplatz, dass Gelingen oder Scheitern des europäischen Einigungsprozesses letztendlich davon abhängt, ob die gemeinsame kulturelle Basis stark und tragfähig genug ist beziehungsweise künftig in einer erweiterten EU sein wird. So wie der Mensch nicht nur von Brot allein lebt, so können die europäischen Staaten nicht nur aus der ökonomischen Integration leben. Inwieweit bestimmt das gemeinsame kulturelle Erbe Europas die Lebenswelt in den EU-Staaten, speziell in Deutschland und in Tschechien? Nicht nur NS-Diktatur, Krieg, Besatzung und Vertreibung haben für mehr als ein Jahrzehnt die politische und geistige Kultur Europas versehrt, sondern auch vier weitere Jahrzehnte lang waren Tschechien (beziehungsweise die ČSSR) und die DDR unter kommunistischer Herrschaft und Bestandteile des Ostblocks, während die Bundesrepublik Deutschland als freiheitliche Demokratie den deutschen „Sonderweg“ aufgab, sich den schmerzlichen Prozessen der Vergan-

genheitsbewältigung unterzog und an der westeuropäischen Integration und an der atlantischen Allianz aktiv mitwirkte, dabei aber zugleich auch in den Ost-West-Antagonismus eingefügt wurde beziehungsweise sich einfügte. Dass die Erfahrungen des Lebens in machtpolitisch und ideologisch antagonistischen Systemen tiefe Spuren hinterlassen haben, ist evident – am deutlichsten in Ost-/Mittel-Europa im religiösen beziehungsweise areligiösen, kulturellen Leben, das heißt im atheistischen Milieu. Sind dadurch und durch die vorausgegangenen Erfahrungen totalitärer Herrschaft die einstigen kulturellen Gemeinsamkeiten der vor-totalitären Zeit und der vor-nationalistischen Zeit nur überdeckt und überlagert worden, oder sind sie gar weitgehend ausgelöscht? Ist in der Asche noch genug Glut, die neu entfacht werden kann, ungeachtet einer ungünstigen Medienkultur der Gegenwart?

Bemerkenswert ist, dass bei der „Rückkehr nach Europa“ das gemeinsame kulturelle Erbe eine große, wenn nicht die entscheidende Rolle spielte. Das fand auch seinen Niederschlag in den offiziellen deutsch-tschechischen Beziehungen, in gemeinsamen Erklärungen und in den vertraglichen Formulierungen. Gemeinsame Einrichtungen wie die deutsch-tschechische Historiker-Kommission, das deutsch-tschechische Gesprächsforum und der deutsch-tschechische Zukunftsfonds sind Versuche der Institutionalisierung des kulturellen Diskurses. Das Goethe-Institut und die politischen Stiftungen vor Ort sind wichtige Vermittlungsinstitutionen.

Kann der kulturelle Dialog zwischen Deutschland und Tschechien auch die gemeinsame kulturelle Basis der erweiterten EU stärken? Vielleicht! Hat sich doch in der Vergangenheit das tschechische Volk auch stets als Brücke zwischen Ost- und Westeuropa verstanden. Indes, wenn man das Bewusstsein des christlichen Ur-

sprungs und der christlichen Wurzeln Europas als wesentlich für das Gelingen des europäischen Einigungsprozesses ansieht, ist zu bezweifeln, ob entsprechende positive Beiträge aus Deutschland und aus Tschechien und aus dem deutsch-tschechischen Kulturdialog zu erwarten sind. Der Grund für diesen Zweifel ist das Faktum der Säkularisierung beider Gesellschaften. Die Statistiken über die Zugehörigkeit zu den christlichen Kirchen sprechen eine deutliche Sprache. Wenn es heißt, Europa und die EU-Staaten würden zunehmend „multikulturell und multireligiös“ sein, so müsste man vielleicht statt multireligiös eher sagen areligiös. Die derzeitigen Beratungen des so genannten EU-Verfassungskonvents belegen die prekäre Situation. Wird die deutsch-tschechische Aussöhnung in diesem europäischen Kontext leichter? Man sollte nicht vergessen, dass Versöhnung einen religiösen Bedeutungssinn hat. Von einem Europa des Marktes ist wohl kaum eine Erleichterung für die Vollendung der deutsch-tschechischen Versöhnung zu erwarten. Sie dürfte primär eine bilaterale Aufgabe konkreter gesellschaftlicher Interaktionen und zwischenmenschlicher Beziehungen sein – mit symbolischen Akten, wie dem des „Versöhnungskreuzes“ in Wekelsdorf/Teplice, das kürzlich von Tschechen

und vertriebenen Deutschen aufgrund von Bürgerinitiativen gemeinsam errichtet worden ist, zum größten Teil finanziert vom deutsch-tschechischen Zukunftsfonds. Vielleicht ist der Prozess der deutsch-tschechischen Versöhnung zwischen den Menschen bereits weiter fortgeschritten, als dies in den offiziellen Erklärungen zu Tage tritt. Dass jüngst der Vizepräsident des tschechischen Senats, Jan Ruml, den Vorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt, zu einem Gespräch nach Prag eingeladen und dabei unter anderem vorgeschlagen hat, eine gemeinsame Stiftung für Bildungs- und Kulturarbeit zu gründen, ist ein hoffnungsvolles Zukunftszeichen (*Süddeutsche Zeitung*, 27. November 2002).

Für die Milderung der historischen Belastungen dürfte also künftig der bilaterale Dialog vorrangig sein, während der Hauptgewinn der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft eher in der Relativierung der deutsch-tschechischen Asymmetrien liegen könnte. Auf jeden Fall wird die künftige Entwicklung der EU – das Gelingen von Erweiterung und Vertiefung oder ihr Scheitern – sowohl das Schicksal Deutschlands und Tschechiens als auch die deutsch-tschechischen Beziehungen bedingen und maßgeblich beeinflussen.

### Uns treu geblieben

*„Václav Havel, György Konrád und mich hat man in der deutschen Presse sogar als Verräter bezeichnet, weil wir einen Sturz von Saddam Hussein auch mit militärischen Mitteln befürworteten. Der Vorwurf lautete, wir würden nicht mehr auf die Selbstbefreiung der Zivilgesellschaft setzen, sondern die Demokratie nun herbeibomben wollen. Ich habe darauf erwidert, dass wir für diesen Krieg waren, eben weil wir uns treu geblieben sind. Im Irak hatte die Zivilgesellschaft alleine nicht die geringste Chance, das Regime zu beseitigen.“*

Adam Michnik, Chefredakteur der *Gazeta Wyborcza* (Warschau), am 28. Mai 2003 in *Die Zeit*.